„The Great Reset“

Verschwörung, Theorie oder Praxis?

von Dr. Frank Grobe und Andreas Lichert

1 Einführung

2020 wird sicherlich als das „**Corona-Jahr**“ in die Geschichte eingehen. Denn Corona und vor allem die Anti-Corona-Maßnahmen haben einen spürbaren Einfluss auf die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und der Welt hinterlassen. Gerade die **staatlichen Maßnahmen stürzten viele in den Ruin**, **erzeugten** aber auch **Profiteure** dieses „neuen Normal“. Was das „neue Normal“ bedeutet, erfahren Sie in dieser Broschüre.

Corona ist weit mehr als eine gesundheitspolitische Herausforderung. Es ist vor allem ein Feigenblatt für Tabu- und Rechtsbrüche in Serie. Es geht hier jedoch nicht in erster Linie um die drastische **Beschneidung von Bürger- und Freiheitsrechten**, sondern um eine **neue Wirtschafts- und Finanzpolitik**, die sich unter normalen Umständen niemals durchsetzen ließe.

Als aus deutscher Sicht wichtigste Zäsur seien hier exemplarisch die **Aufhebung aller Schuldenbremsen** und vor allem der endgültige **Einstieg in die Schulden- und Transferunion** in der **EU** genannt. Nichts anderes ist nämlich der beschönigend so genannte EU-Wiederaufbau-Fonds „Next Generation EU“, der erstmalig die Kreditaufnahme durch die EU selbst mit nicht rückzahlungspflichtigen Zuschüssen an die Empfängerländer verknüpft. Letztlich sind damit alle Dämme gebrochen.

Spätestens durch den Brexit befindet sich die vergleichsweise sparsame und wirtschaftlich erfolgreichere „**Nordkurve**“ (Deutschland, Luxemburg, Niederlande, Finnland, Österreich) der EU in einer **strategischen Minderheitenposition** gegenüber den **südlichen Empfängerländern des „Club Med“** (Frankreich, Italien, Griechenland, Portugal, Spanien). Darüber dürfen auch die Korrekturen an der Relation von Krediten und Zuschüssen aufgrund des Widerstandes der „sparsamen Vier“ (Dänemark, Schweden, Niederlande, Österreich) nicht hinwegtäuschen. Es handelt sich dabei – natürlich – um einen erneuten Bruch des Primärrechts der EU, nämlich von Art. 310 AEUV[1], der genau diese unmittelbare Verschuldung der EU unterbinden soll. Damit reiht sich die Transferunion in die **ständigen Rechtsbrüche** aus politischen Opportunitäten ein, siehe Art. 125 AUEV[2] „**No-Bailout-Klausel**“ oder Art. 123 AEUV[3] „**Verbot von EZB-Staatfinanzierung und Anleihenkauf**“.

Das vorliegende Papier wird aktuelle politische Weichenstellungen im aktuellen Kontext und die konkreten politischen und legislativen Maßnahmen vorstellen und die Auswirkungen für Hessens Bürger und Unternehmen betrachten. Die **Gefahren für die soziale Marktwirtschaft und unsere Freiheit sind sehr real** – Aufklärung tut daher Not!

[1] https://dejure.org/gesetze/AEUV/310.html
[2] https://dejure.org/gesetze/AEUV/125.html
[3] https://dejure.org/gesetze/AEUV/123.html

2 Vorläufer und Historie

Seit einigen Jahren spricht Bundeskanzlerin Angela Merkel häufig von einer „**großen Transformation**“. Eine Begrifflichkeit, die der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) im Jahre 2011 mit der Veröffentlichung eines „Gesellschaftsvertrag[s] für eine Große Transformation“ reaktivierte.[4] Was damals noch weit weg schien, ist durch Corona als Katalysator eine reale Perspektive einer „**neuen Normalität**“, die nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt radikal verändern wird.

Interessanterweise greifen die deutschen Mainstream-Medien dies nur am Rande auf, und wenn, dann hinterfragen sie die Hintergründe und Auswirkungen auf das deutsche Gemeinwesen, die soziale Marktwirtschaft, unsere freiheitliche Grundordnung und unser Volk nicht. Warum, wird schnell klar, denn es geht – wie Merkel es beim 50. Jahrestreffen des Weltwirtschaftsforums am 23. Januar 2020 in Davos sagte – um

> *„**Transformationen von gigantischem, historischem Ausmaß**. Diese Transformation bedeutet im Grunde, die gesamte Art des Wirtschaftens und des Lebens, wie wir es uns im Industriezeitalter angewöhnt haben, in den nächsten 30 Jahren zu verlassen (…) und zu **völlig neuen Wertschöpfungsformen** zu kommen.“*[5]

Was neue Wertschöpfungsformen sind, ist spätestens seit dem Buch „**The Great Reset**“ (Der große Umbruch) des Gründers des jährlich in **Davos** stattfindenden Milliardärs- und Entscheider-Treffens, unter aktiver Beteiligung der größten und bedeutendsten Unternehmen der Welt (u.a. ABN Amro, Allianz, Apple, BASF, Blackrock, Citi Bank, Credit Suisse, Deutsche Bank, Facebook, Generali, Google, Honda, HSBC, Hyundai, JPMorgan, LVMH, Microsoft, Mitsubishi, Nestlé, Novartis, Paypal, Pfizer, Roche, Soros Fund Management, Sony, Swiss Re, Unilever, Visa, Volkswagen, Western Union) „**World Economic Forum**“ (WEF)[6], Klaus Schwab, bekannt. Teilnehmer ist zudem die sogenannte „Zivilgesellschaft“, das heißt vor allem **grün-linke Nicht-Regierungsorganisationen**, die **seit Jahren eine Systemveränderung herbeiführen** wollen.[7]

Seit einem Jahrzehnt überlegen Schwab und eine abgehobene (vermeintliche) Weltelite, wie sie die selbst verschuldete „Euro-, Schulden- und Vertrauenskrise“ für ihre Klientel am besten lösen könnten. Denn bei dieser „**Elite**“ **herrscht** die **Angst vor**, dass durch eine weitere **unkontrollierte Vermehrung der Weltbevölkerung** von derzeit fast acht auf elf Milliarden Menschen im Jahre 2100 soziale Unruhen aufgrund gesellschaftlicher Ungleichheiten entstehen könnten. Eine Lösung sieht man in der **Abkehr** vom im Westen bislang **vorherrschenden Modell der freien Marktwirtschaft zugunsten des chinesischen Modells** der (kommunistischen) **gelenkten Staatswirtschaft**. Damit der deutsche Normalbürger dies akzeptiert, wird diese Transformation mit grüner Symbolpolitik (Migration, Umweltschutz, Nachhaltigkeit) verkleidet und als etwas Gutes getarnt.[8]

---

[4] https://www.wbgu.de/de/publikationen/publikation/welt-im-wandel-gesellschaftsvertrag-fuer-eine-grosse-transformation
Der Begriff „Große Transformation“ stammt ursprünglich aus dem Buch „The Great Transformation“ (1944) des Sozialökonomen Karl Polanyi. Dieser sprach sich für einen Sozialismus aus, in dem Arbeit, Boden und Kapital dem Markt entzogen werden sollten. 2007 griff der damalige Leiter des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung und heutige Merkel-Berater Hans Joachim Schellnhuber im „Potsdam-Memorandum” diese Forderungen wieder auf. Im Hauptgutachten des „Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU)” fand sich dies dann im Titel: „Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ wieder. Uwe Schniedewind, Präsident des Wuppertaler Instituts für Klima, Umwelt und Energie publizierte 2018 „Die Große Transformation: Eine Einführung in die Kunst gesellschaftlichen Wandels“.

[5] https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/rede-von-bundeskanzlerin-merkel-beim-50-jahrestreffen-des-weltwirtschaftsforums-am-23-januar-2020-in-davos-1715534; https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/bund-laender-corona-1744306.

[6] https://www.weforum.org/partners.

[7] Schwab, Klaus/Malleret, Thierry: Covid-19: The Great Reset, Genf 2020. https://straight2point.info/wp-content/uploads/2020/08/COVID-19_-The-Great-Reset-Klaus-Schwab.pdf.

[8] Ebd, S. 12, 21, 30, 47, 65 f., 111. WEF: „This is how to sustainably feed 10 billion people by 2050“, 07.12.2018 https://www.weforum.org/agenda/2018/12/how-to-sustainably-feed-10-billion-people-by-2050-in-21-charts.

Für Deutschland bedeutet dies das **Ende der sozialen Marktwirtschaft** und die **Überführung in ein quasi planwirtschaftliches Modell**, in der der Mensch nur noch zu funktionieren hat. Ein Ziel, welches auf der anstehenden Davos-Tagung – dieses Mal Corona-bedingt auf den Mai und nach Singapur verschoben – angegangen werden soll.[9]

Und dafür kommt Corona gerade recht. Denn durch das von der sogenannten **Corona-Pandemie erzeugte „Klima der Angst"** lassen sich die **gewünschten Ziele** wie „**Nachhaltigkeit**", „**Gleichheit**" und angebliche „**Gerechtigkeit" leichter global durchsetzen**. Am Ende steht eine neue weltweit gleichgeschaltete Gesellschaft, in der die Nationalstaaten aufgehört haben zu existieren und das Individuum von den Traditionen und Wurzeln seines jeweiligen Volkes losgelöst wurde. **Übrig bleibt der gewünschte seelenlose**, **politisch willfährige Konsument** statt des aufgeklärten, selbstbewussten und kritischen Staatsbürgers.[10]

Dass diese **Veränderung von wichtigen deutschen Protagonisten unterstützt** werden, verwundert daher nicht. So äußerte Bundestagspräsident **Wolfgang Schäuble**, dass „*die Corona-Krise eine große Chance ist. Der Widerstand gegen Veränderung wird in der Krise geringer. Wir können die Wirtschafts- und Finanzunion, die wir politisch bisher nicht zustande gebracht haben, jetzt hinbekommen*".[11] Die EU-Kommissionspräsidentin **Ursula von der Leyen** ging noch weiter und sagte, dass „*man im Kampf gegen [die Corona-Pandemie] einen Teil der Souveränität für die Gemeinschaft [das heißt die EU, d. Verfasser] aufgegeben habe. Das sei auch die Chance, eine Veränderung bewusst herbeizuführen*."[12]

Nun könnte manch einer meinen, hier handele es sich um eine **Verschwörungstheorie**, die von „Rechtspopulisten", „Corona-Leugnern" oder „Aluhutträgern" gestreut wird, um **Ängste zu schüren** und die **Gesellschaft zu spalten**. Doch weit gefehlt. Denn das **World Economic Forum und der deutsche Klaus Schwab gehen** mittels Büchern, Artikeln und auf der Internetseite des WEF **mit diesen Forderungen offen und proaktiv um**, doch nur auf Englisch.[13]

In drastischen Worten formuliert Schwab die geplante totale Veränderung unser Lebenswirklichkeit: Zur Nachkrisenzeit schreibt **Klaus Schwab**: „*Viele von uns fragen sich, wann wir wieder zur Normalität zurückkehren. Die kurze Antwort ist: nie. Nichts wird je wieder zu dem kaputten Gefühl von Normalität zurückkehren.*"[14]

Schwab sieht sich dabei als einen der „*erleuchteten Führer*" an, die den Menschen den **Weg zu einer neuen Weltordnung weisen**. Diese kann aber nur funktionieren, wenn die Menschen eine **verstärkte Überwachung** und eine Kontrolle wie in China zulassen.[15] Schwab und sein WEF scheinen einem Machtrausch erlegen zu sein. Anders kann ihre titanische Hybris nicht erklärt werden.

Kritiker dagegen müssen damit rechnen, dass sie wie in China durch ein Punktesystem (Social Credit System) von der Teilhabe ausgeschlossen und diskriminiert werden. So fordern Wirtschaftswissenschaftler des **Internationalen Währungsfonds** (IWF) und der **Europäischen Zentralbank** (EZB) die **finanzielle Repression für Unbotmäßige**. Das heißt, dass die Kreditvergabe je nach politischem Wohlverhalten – welches mittels eines Internet-Fußabdrucks (biometrisch) beurteilt wird – beschieden werden soll. Und hier kommt wieder Schwab ins Spiel, der **mittels künstlicher Intelligenz** (Algorithmen) bzw. **digitaler Transformation das private und gesellschaftliche Leben künftig regeln** möchte und eine „***neue Welt entstehen***" sieht. Damit **hebelt** er die **Privatsphäre der Bürger** und somit **das grundgesetzlich-verbriefte**

---

[9] Kurier: „Weltelite ringt um Krisenlösung", 26.01.2012 https://kurier.at/wirtschaft/weltelite-ringt-um-krisenloesung/755.974. Das Treffen in Davos stand 2012 unter dem Motto: „Die große Transformation – neue Modelle gestalten." WEF: „Special Annual Meeting 2021 to Take Place in Singapore in May", 07.12.2020 https://www.weforum.org/press/2020/12/special-annual-meeting-2021-to-take-place-in-singapore-in-may/.

[10] Schwab, Klaus/Malleret, Thierry: Covid-19: The Great Reset, Genf 2020, S. 168, 190. https://straight2point.info/wp-content/uploads/2020/08/COVID-19_-The-Great-Reset-Klaus-Schwab.pdf

[11] Neue Westfälische: Wolfgang Schäuble: „Die Corona-Krise ist eine große Chance", 20.08.2020 https://www.nw.de/nachrichten/politik/22845605_Schaeuble-Die-Corona-Krise-ist-eine-grosse-Chance.html

[12] Reuters: „Von der Leyen stellt Kampf gegen Corona und Klimakrise in den Fokus", 16.09.2020 https://de.reuters.com/article/eu-kommission-klima-idDEKBN26711P.

[13] World Economic Forum und der Great Reset: https://www.weforum.org/great-reset/; COVID-19: The Great Reset - YouTube.

[14] Schwab, Klaus/Malleret, Thierry: Covid-19: The Great Reset, Genf 2020, S. 11. https://straight2point.info/wp-content/uploads/2020/08/COVID-19_-The-Great-Reset-Klaus-Schwab.pdf.

[15] Ebd., S. 15 f., 110, 122 https://www.theeuropean.de/edgar-ludwig-gaertner/klaus-schwabs-vision-von-einer-neuen-weltordnung/.

Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Art. 2 Grundgesetz) **aus**. Denn der Bürger wird gläsern und somit letztlich unfrei.[16] Was an eine Dystopie totaler Überwachung von George Orwell erinnert, soll letztlich in Kürze Wirklichkeit werden.

Indem man weiter mit der **Angst der Bevölkerung spielt**, dass **Corona/Covid-19 lebensbedrohlich** für alle Altersgruppen sei, soll es zu **keiner Rückkehr zur alten Normalität mehr kommen**. Und dass, obwohl es u.a. in Deutschland keine große Übersterblichkeit zu den Vorjahren gibt und die allgegenwärtige Angst überwiegend unbegründet ist. Eine Ansicht, die auch Klaus Schwab selbst in seinem Buch vertritt! Betrachtet man die Todesfälle in Deutschland stellt man fest, dass überwiegend Personen im Alter ab 70 Jahren mit bzw. an dem Corona-Virus sterben. Das waren im Jahr 2020 über 88 Prozent der Corona-Toten.[17]

3 EU-Taxonomie– Öko-Planwirtschaft durch die Hintertür

Die genannten artverwandten und gleichgerichteten politischen Initiativen finden zurzeit auf multilateraler Ebene statt. Aus europäischer Perspektive sind die **Aktivitäten der Europäischen Union** naturgemäß die bedeutendsten, da sie bei entsprechender Ausgestaltung als **Verordnungen unmittelbare Rechtswirkungen in den Mitgliedsländern entfalten** – natürlich OHNE dass die nationalen Parlamente ein effektives Mitspracherecht hätten.

Seit Amtsantritt der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) ist viel vom „**Green Deal**“ der EU[18] die Rede. Damit sollen die **ultimativen Heilsversprechen** des sogenannten „**Klimaschutzes**“, der **Nachhaltigkeit** und **sozialer**, also „inklusiver“ und „gerechter“ **Teilhabe erreicht** werden.

In Anbetracht der **allgemeinen Klimahysterie**, ***Fridays for Future*-Demonstrationen** und des Megatrends des „**Green Washing**“ in der Industrie und an den Finanzmärkten könnte man dies als **zeitgeistkonforme PR-Aktion** abtun. Das wäre jedoch eine **fatale Fehleinschätzung**, denn es laufen bereits **seit Jahren konkrete Schritte** zur **Umsetzung** eines auf – wie auch immer verstandene – **„Nachhaltigkeit“ fokussierten ordnungspolitischen Rahmens** in Form der bewusst kryptisch benannten „**EU-Taxonomie**“.

Auch wenn die Wurzeln mindestens bis in die Zeit des Pariser Klimaabkommens 2015 zurückreichen, wurde es im **März 2018** mit der Veröffentlichung eines **Aktionsplanes „Nachhaltiges Finanzwesen“**[19] durch die EU-Kommission ernst. Vorausgegangen war eine hochrangige Experten-Arbeitsgruppe (im EU-Jargon Technical Expert Group – TEG), die am 31. Januar 2018 ihren Abschlussbericht und Empfehlungen geliefert hatte.[20] Am 15. April 2020 wurde der darauf aufbauende und weiterentwickelte Entwurf der EU-Kommission durch den Rat der EU angenommen, am 18. Juni 2020 durch das EU-Parlament ratifiziert und ist seit 12. Juli 2020 gültig.[21]

3.1 Ziele der Taxonomie

Die Ziele der EU-Taxonomie lauten wie folgt:

- **Klimaschutz**,
- **Anpassung an** den **Klimawandel**,
- nachhaltige **Nutzung** und **Schutz** von **Wasser- und Meeresressourcen**,
- Übergang zu einer **Kreislaufwirtschaft**,
- Vermeidung und **Verminderung** der **Umweltverschmutzung**,

[16] IMFBlog, „What is Really New in Fintech“ https://blogs.imf.org/2020/12/17/what-is-really-new-in-fintech/. Schwab, Klaus: „Die Vierte Industrielle Revolution“, München 2016. Halefeldt, Elke: „Von WEF, UNO und Co. – Was der Great Reset bedeutet“, 20.11.2020, in: https://www.tichyseinblick.de/FEUILLETON/GREAT-RESET/.

[17] Statista: „Todesfälle mit Coronavirus (Covid-19) in Deutschland nach Alter und Geschlecht (Stand: 22.12.2020) https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1104173/umfrage/todesfaelle-aufgrund-des-coronavirus-in-deutschland-nach-geschlecht/. Die durchschnittliche Lebenserwartung liegt in Deutschland bei Frauen bei 83,4 und bei Männern bei 78,6 Jahren. Schwab, Klaus/Malleret, Thierry: Covid-19: The Great Reset, Genf 2020, S. 14, 32 f., 63.

[18] https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal_de

[19] https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_18_1404

[20] https://ec.europa.eu/info/publications/sustainable-finance-high-level-expert-group_de

[21] https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/banking-and-finance/sustainable-finance/eu-taxonomy-sustainable-activities_de

- **Schutz** und **Wiederherstellung** der **Biodiversität** und der **Ökosysteme**.

Natürlich steht der „Klimaschutz“ an erster Stelle, aber die weiteren, stärker auf Naturschutz ausgerichteten Ziele sind heutzutage allgemein anschlussfähig und werden daher auch jenseits des harten Kerns der „Klima-Apostel“ Zustimmung finden. Das verleiht dem Ganzen einen positiven Anstrich und damit werden sich viele zufriedengeben.

Während diese Ziele aber schon vielfach formuliert wurden, ist die **Pointe der Taxonomie** die Umsetzung selbst. Es wird nämlich nicht der übliche Weg eingeschlagen und den Bürgern und Unternehmen ein kleinteiliger Vorschriftenkatalog verordnet, sondern **ein umfassender Ordnungsrahmen geschaffen, der Unternehmen zunächst lockt**, später **nötigt** und langfristig **zwingt**, sich den **Maßgaben der „Nachhaltigkeit“ zu unterwerfen**, wenn sie in den Ländern der EU noch eine Zukunft haben wollen.

Perspektivisch werden **alle Wirtschaftsaktivitäten in ein Klassifikationsschema eingeordnet** und vergleichbar einer **Bonus-Malus-Regelung bewertet**. Auch wenn die Maßnahmen zurzeit unter dem Banner der Nachhaltigkeit eingeführt werden, ist das entstehende System „agnostisch“ und ließe sich auch in jede andere Richtung entwickeln, beispielsweise in Richtung von mehr „Vielfalt“, Minderheitenbevorzugung oder sozialer Ziele.

Dem **Staat** wird das **ultimative Instrumentarium zur Wirtschaftslenkung** in die Hand gegeben, so dass dieser in die **Entscheidungsautonomie der Unternehmen eingreifen kann und dürfte**. Die daraus erwachsenden Risiken erfordern eine intensivere Untersuchung der geplanten Mechanismen und ihrer erwartbaren Auswirkungen.

3.2 Maßnahmen und Anforderungen an Unternehmen

Die Regulierung der EU-Taxonomie umfasst folgende Maßnahmen:

- Ein **einheitliches Klassifikationssystem für nachhaltige Finanz- und Wirtschaftsaktivitäten** – die Taxonomie,
- die **Schaffung** eines **EU-Kennzeichens für „grüne Finanzprodukte“**,
- eine **Verpflichtung** von Vermögensverwaltern und institutionellen Anlegern, das **Kriterium der Nachhaltigkeit bei** den **Investitionsabläufen zu berücksichtigen**,
- die Auflage für Versicherungsunternehmen und Wertpapierfirmen, ihre **Kunden entsprechend** ihren **Nachhaltigkeitspräferenzen zu beraten**,
- **Einbeziehung** der **Nachhaltigkeit** in die **Aufsichtsvorschriften von Banken und Versicherungsunternehmen**.
- **Größere Transparenz** der **Unternehmensbilanzen** und **Berichtspflichten für nicht-finanzielle Informationen**, analog der **CSR-Richtlinie**[22] (Corporate Social Responsibility).

Insbesondere der letztgenannte Aspekt weist darauf hin, dass **praktisch alle Großunternehmen** – in Hessen u.a. Lufthansa, Rewe, Deutsche Bahn, Fraport, Deutsche Post, Commerzbank, Telekom, Opel, Rhön-Klinikum, DZ Bank, Deutsche Bank, Merck, WISAG oder Braun[23] – **dieser Berichtspflicht unterworfen** werden, denn bei der CSR-Richtlinie sind nicht nur alle kapitalmarktorientierten Unternehmen, Kreditinstitute und Versicherungen betroffen, sondern **auch Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern, mehr als 40 Mio. Euro Jahresumsatz oder mehr als 20 Mio. Euro Bilanzsumme**. Das bedeutet, dass auch **größere Mittelständler** sehr schnell den Anforderungen der **CSR- und Taxonomie-Richtlinie unterfallen** können.

Neben der unmittelbaren Berichtspflicht großer Unternehmen dürfte gerade in Deutschland und insbesondere in Hessen mit seiner stark mittelständisch geprägten Wirtschaftsstruktur die **Sekundär- bzw. Zweitrundeneffekte** der Richtlinie entscheidend sein. Zum einen werden die **berichtspflichtigen Unternehmen** ihre **Lieferanten** und **Dienstleister** mittelbar den **gleichen Kriterien unterwerfen**. Auch wenn die Lieferanten selbst keiner entsprechenden Berichtspflicht unterliegen, wird es über kurz oder lang zu einer **Überlebensfrage**, sich im **Wettbewerb** durch eigene **Berichterstattung bzw. Zertifizierung in Sachen Nachhaltigkeit** zunächst positiv **zu differenzieren** und langfristig überhaupt „**einkaufbar**“ zu machen. Dieser Effekt tritt langfristig sogar als „**Drittrundeneffekt**“ bei den Lieferanten und Dienstleistern von nicht-berichtspflichtigen Unternehmen auf und genau **diese Anreizmechanik ist gewollt**.

[22] https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A32014L0095

[23] https://www.helaba.de/blueprint/servlet/resource/blob/docs/55172/5d0c163a35b5ddafea8653d9d1192400/report-die-100-groessten-unternehmen-in-hessen-09-10-2013-data.pdf

Der zweite wesentliche Verbreitungsmechanismus der Taxonomie läuft über die Finanzierung der Unternehmen. Da **Kreditinstitute** und **Versicherungen** als typische Fremdkapitalgeber **direkt der Taxonomie unterworfen** sind, werden sie ihren **Kreditnehmern** perspektivisch ebenfalls **Nachhaltigkeitskriterien auferlegen**. Im ersten Schritt wird sich das vermutlich über die **Kreditkonditionen auswirken**, indem kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) unterhalb der Schwellwerte für unmittelbare Taxonomie-Regulierung durch Zinsvergünstigungen zu höheren „Nachhaltigkeits-anteilen" ihres Geschäftes „motiviert" werden. Das geschieht bereits seit langem in Form vielfältiger Förderkredite für bestimmte Technologien oder die Erreichung von Einsparzielen. Da jedoch im Niedrigzinszeitalter die Zinsspreizung – und somit der Anreiz – relativ gering ist, wird es sehr schnell **nicht um den Preis des Kredites gehen**, **sondern** um die **Verfügbarkeit des Kredites** überhaupt.

Wenn **Kreditinstitute selbst an** der **Nachhaltigkeit ihres Kreditbuches gemessen** werden, werden sie **nicht-nachhaltige Unternehmen als Kreditnehmer ablehnen** oder zumindest mit deutlich höheren Zinsaufschlägen und Kosten belegen. Dies gilt umso mehr, da **Förderkredite** auch bei Privatbanken – von denen viele ihre Stammhäuser in Hessen haben – **einen immer größeren Teil des Geschäftes ausmachen** und keinesfalls dem öffentlichen Bankensektor vorbehalten sind. Der Zinsmargenschwund durch die Niedrigzinsphase, Regulierungskosten und zusätzlicher Wettbewerbsdruck durch FinTechs verstärken diesen Trend zusätzlich. Auch ohne die erwartete Insolvenzwelle sind die Bankbilanzen fragil und die **Banken zu vorauseilendem Gehorsam genötigt**.

Durch die explizite Einbeziehung von Vermögensverwaltern und institutionellen Anlegern, wird **jeder Anleger**, der mittels Lebensversicherungen oder Fonds Altersvorsorge betreibt, ebenfalls **Teil dieses Systems**, da auch sein Anlagekapital nach diesen Kriterien angelegt werden muss. Nur Privatanleger, die selbst und direkt in Aktien und Anleihen investieren können sich den Vorgaben entziehen und bilden das „unabhängige Kapital". Da der **gesamte Regulierungsrahmen darauf abzielt, die „Guten" zu fördern** und **die „Schlechten" zu benachteiligen**, werden mehr Nachhaltigkeit – oder besser gesagt das Anschmiegen an die Taxonomie und möglichst umfassendes Umsetzen der Regeln – zu höherem wirtschaftlichen Erfolg führen und dadurch auch das unabhängige Kapital anziehen.

Was als Anreizmechanismus per se durchaus eine gewisse Ratio und hohe Erfolgswahrscheinlichkeit hat, bleibt dennoch ein **Frontalangriff auf die soziale Marktwirtschaft** und unsere **freiheitliche Wirtschaftsordnung**!

Ganze **Branchen** und **Wirtschaftszweige**, werden es **schwerer haben**, ihre **Produkte und Dienstleistungen zu vermarkten** und gleichzeitig **höhere Finanzierungskosten tragen** müssen. Sofern sie leicht mit „grünen Alternativen" substituierbar sind, **werden sie untergehen** und das ist genau das **Ziel des Ganzen**. Sind sie nicht substituierbar, werden die **Unternehmen ihre höheren Kosten an die Kunden weitergegeben** und diese somit ebenfalls für die Nachhaltigkeits-Regulierung zur Kasse gebeten.

3.3 Ein Jahrzehnt zur Umsetzung

Die **Einführung der Taxonomie** wird ein langfristiger Prozess und der Endausbau voraussichtlich **erst Ende des Jahrzehnts erreicht** – passend zum Zieltermin der UN-Agenda 2030 und ihrer 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung[24]. Die **ersten Umsetzungsmaßnahmen** werden jedoch ab dem Jahre **2022 wirksam** und verpflichten die direkt betroffenen **Unternehmen** zu einem „**nicht-finanziellen Berichtswesen**" und zu qualitativen Aussagen über ihre „Nachhaltigkeit".

Einschlägige Anwaltskanzleien, Wirtschaftsprüfer, Softwarehersteller etc. reiben sich bereits die Hände, da sie ein Konjunkturprogramm für ihre Dienste erwarten können – selbstverständlich ohne dass dies einen messbaren positiven Effekt auf die Umwelt hätte.

Nach dieser ersten Einführungsphase wird absehbar die **nächste Stufe gezündet** und eine „**Quantifizierung der Nachhaltigkeit**" erfolgen. Auch wenn die konkrete Ausgestaltung dieser Klassifikation noch unklar ist, wird jedes Produkt und **jede Dienstleistung auf einer Nachhaltigkeitsskala eingeteilt und bewertet**. Hier ist die Kreativität und Weisheit der Brüsseler Bürokraten und Technokraten besonders gefragt und man darf davon ausgehen, dass ein Heer selbstloser und zweifellos qualifizierter Öko-Lobbyisten gerne dabei unterstützt. Ob es ein oder mehrere „Scoring-Schemata" geben oder ein „CO_2-Fußabdruck" maßgeblich sein wird, ist noch offen.

[24] https://www.bmz.de/de/themen/2030_agenda/index.html

Das eine solche Quantifizierung kommen wird, ist jedoch höchstwahrscheinlich, denn sie bildet die entscheidende **Vorbedingung für eine harte Regulierung** inklusive finanzieller **Bonus- und Malus-Regelungen für die Unternehmen**. Wahrscheinlich ist mit ansteigenden Schwellwerten für die Anteile nachhaltiger Vorleistungen und sinkende Höchstwerte für nicht-nachhaltiger Vorleistungen zu rechnen.

Warum nicht den Steuersatz an den CO_2-Fußabdruck eines durchschnittlichen Euro Unternehmensumsatz koppeln? Oder die unterdurchschnittlich nachhaltigen Unternehmen einer Branche mit Strafzahlungen „motivieren"? Verschiedene Umsatzsteuerklassen je nach Nachhaltigkeitskategorie. Der Phantasie sind kaum Grenzen gesetzt.

All das wirkt aus heutiger Sicht kaum vorstellbar und weder theoretisch noch praktisch umsetzbar, aber sollte uns das Jahr 2020 und die Anti-Corona-Maßnahmen nicht lehren, dass die Unmöglichkeit von gestern das „neue Normal" von morgen sein kann?

Die EU-Taxonomie-Verordnung wird in den kommenden Jahren auf jeden Fall die Basis legen, um einige der skizzierten Szenarien durchaus umsetzbar zu machen und damit das **Instrumentarium einer de facto Planwirtschaft zu etablieren**. Ob und in welchem Umfang das geschieht, hängt maßgeblich vom Organisationsgrad und Erfolg des politischen Widerstands dagegen ab. Um diesen zu erhöhen, wagen wir einen Ausblick auf die erwartbaren Auswirkungen.

3.4 Auswirkungen

Die Wirkmechanismen basieren auf einem **Dreiklang** aus **verpflichtender Berichterstattung**, **Eigen- und Fremdkapitalversorgung der Unternehmen**. Auch ohne bewusste und politisch gewollte Erhöhung der Kapitalkosten **führen** diese zusätzlichen und nicht wertschöpfenden Aufwände **zu steigenden Kosten**. Gerade für Kreditinstitute und andere Finanzintermediäre sind das schlechte Nachrichten, denn Europas – hier v.a. aber die hessischen – Banken ächzen ohnehin schon unter den Kosten einer Regulierung, deren Sinn und Zweck sich kaum erschließen, da der entscheidende Transmissionsriemen der Euro-Schuldenkrise die Verquickung von Staatsschulden und Bankbilanzen war. Genau diese Fehlregulierung in Form des Nullgewichtungsprivilegs von Euro-Staatsschulden beim Eigenkapital der Banken hat man wohlweislich nicht angetastet, um die Symbiose von Großbanken und Staaten nicht zu gefährden.

Diese **Kosten werden** auf die eine oder andere Weise **die Bürger zahlen** müssen, seien es **höhere Zinsen**, **Gebühren** oder **Steuern**. Die höheren Kosten der Unternehmen werden ebenfalls auf die Verbraucher gewälzt. Höhere Kosten für gleiche Leistungen sind per Definition **Produktivitätsvernichtung**!

Diesen in der Breite steigenden Kosten stehen – außerhalb der kleinen Kreise der Profiteure – keine steigenden Einkommen gegenüber. Diese Regulierung ist somit ein **Programm zur Nachfrage- und somit Einkommens- und Wohlstandsreduzierung für sehr viele Menschen**.

Diese Einkommensverluste **treffen vor allem die Geringverdiener hart**, also die gleichen Gruppen, die vom Anstieg der indirekten Steuern durch die CO_2-Abgabe, steigende Mieten und Wohnnebenkosten und steigende Arbeitslosigkeit bereits gebeutelt sind.

Die soziale Schieflage eines undurchdachten und ideologisch geführten Kreuzzuges für mehr Nachhaltigkeit kann gar nicht genug betont werden. Betrachtet man beispielsweise das **Erneuerbare Energien Gesetz** (EEG), so ist dieses nicht nur **volkswirtschaftlich ein Desaster**, weil es Deutschland ohne Not die höchsten Strompreise der industrialisierten Welt bescherte, sondern es stellt auch eine „**Umverteilung von unten nach oben**" dar. Während nämlich Besserverdiener durch entsprechende Investitionen vom EEG profitieren können, **leiden Geringverdiener unter steigenden Strompreisen** und **subventionieren** auf diese Weise de facto die **Profite der Besserverdiener**.

Ein zweites eindrückliches Beispiel ist der **Autoverkehr**. Politik und Lobbyisten haben durchgesetzt, dass lediglich lokal emissionsfreie Elektrofahrzeuge per Definition als emissionsfrei gelten, obwohl seriöse Untersuchungen zeigen, dass **Dieselfahrzeuge in vielen Fällen eine bessere CO_2-Bilanz haben als E-Mobile**, wenn man den deutschen Strommix als Maßstab zugrunde legt. Nachhaltige und spürbare CO_2-Einsparungen durch Elektromobilität zeigen sich erst bei hohen

Fahrleistungen pro Jahr, was aber gerade bei E-Mobilen aufgrund der Lade- und Reichweitenproblematik sehr unwahrscheinlich ist. Auf absehbare Zeit bleiben E-Mobile Pendler- und Kurzstreckenfahrzeuge.[25]

Um dem **Verbrennungsmotor** dennoch den **Garaus zu machen**, werden nun mit der **Euro-7-Norm die Anforderungen so hochgeschraubt**, dass sie **praktisch nicht zu erfüllen sind**. Sollten Industrie und Ingenieure dennoch Wege finden, wird auf jeden Fall eines erreicht sein: **individuelle Mobilität mit dem Auto wird sehr viel teurer** und zunehmend ein **Privileg der Wohlhabenden** und „**Bessersubventionierten**". Gerade die Leidtragenden stark steigender Mieten in und um die Großstädte sind es doch, die oft auf das Auto angewiesen sind, weil sie in das Umland mit schlechterer Nahverkehrsanbindung ausweichen müssen. Gerade sie können sich keine Neufahrzeuge leisten und profitieren daher auch überhaupt nicht von den Fördermilliarden – die Automobilindustrie hingegen schon.

Das ist jedoch **nicht nur unsozial**, sondern auch **umweltpolitisch kontraproduktiv**, denn entscheidend für insgesamt weniger Emissionen im Verkehr ist eine Verjüngung der Flotte. Das führt zu sinkenden CO_2- und vor allem Schadstoffemissionen und das müsste das Ziel jeder zielgerichteten Umweltpolitik sein.

4 Fokus Hessen

Die Betrachtung der Automobilbranche ist gerade aus hessischer Perspektive geboten, denn bis vor wenigen Jahren waren die drei größten industriellen Arbeitgeber in Hessen allesamt Unternehmen der Automobilbranche: Volkswagen, Opel und Continental.

War die Zerschlagung Opels vielleicht noch ein unternehmensspezifisches Einzelschicksal, sind VW und Conti definitiv Opfer einer Anti-Auto-Politik, die immer mehr um sich greift. Dennoch ist der volkswirtschaftliche Schaden durch den Blick auf die Autohersteller selbst keinesfalls korrekt erfasst. De facto kann man davon ausgehen, dass es den **Autoherstellern relativ egal ist, ob sie Autos mit Verbrennungs- oder Elektromotoren verkaufen**. Viel bedeutender als die Hersteller sind die **vielen mittelständischen Zulieferer**, die sehr viel **stärker auf konkrete Technologien ausgerichtet sind** und **keinesfalls** kurzfristig den **Schwenk** auf völlige andere Antriebskonzepte **vollziehen können**.

Sollte der große Durchbruch in Richtung Elektromobilität tatsächlich durch die Politik erkauft und erzwungen werden, wird dies nicht nur **hunderttausende hochqualifizierte und gutbezahlte Jobs in Deutschland kosten**, sondern es würde auch zu einer **ökologischen Katastrophe** in den **Herkunftsländern der Batterierohstoffe führen**. Das sieht man einem schicken Elektromobil allerdings nicht an und wird daher leicht und gerne vergessen. Stattdessen gilt es heutzutage als ökologisch, mit einem 2,5 t schweren Elektro-SUV zum Discounter zu fahren, um dort Bio-Gemüse aus China zu kaufen. Fakten spielen offenkundig eine untergeordnete Rolle solange es sich gut anfühlt.

Zu erwarten ist sowieso ein anderes Szenario: Der Individualverkehr soll drastisch minimiert werden. Bebauungspläne der letzten Jahre in den Städten weisen zunehmend weniger Parkplätze auf, eine Ladeinfrastruktur wird nicht vorgesehen, der öffentliche Straßenraum wird zugunsten des Rad- und Fußverkehrs zurückgebaut. Wir haben es also mit dem **Märchen von der „Elektromobilität für Jedermann"** zu tun, das uns aufgetischt wird, um den totalen Umbau und Einschränkung der Mobilität hinzunehmen.

Dieser Exkurs in die Verkehrspolitik beschreibt nicht nur konkrete Risiken und Auswirkungen für Hessen und Deutschland, sondern soll die **Anfälligkeit bürokratische Wirtschaftslenkung** für ideologisch grundierte Verirrungen illustrieren. Wenn – wie in den beschriebenen Fällen – bei relativ eng gefassten politischen Weichenstellungen mit hoher Bedeutung und Relevanz für die Öffentlichkeit jede umwelt- und wirtschaftspolitische Rationalität übersteuert wird, wie viel wahrscheinlicher ist es dann bei einem derart umfassenden und komplexen Regulierungsrahmen wie der Taxonomie?

Aufgrund dieser Komplexität ist es praktisch **ausgeschlossen**, dass **vor Wirksamkeit der entsprechenden Regulierungen ein hinreichendes öffentliches Bewusstsein entsteht oder eine Berichterstattung stattfindet**. Dann ist das Kind bereits in den Brunnen gefallen und eine nachträgliche Änderung schwer möglich.

Frankfurt ist Deutschlands bedeutendster Finanzplatz und – spätestens seit dem BREXIT – auch einer der wichtigsten innerhalb der EU. Die größten deutschen Banken und insbesondere die beiden Privatbanken Deutsche und Commerz-

[25] WDR, Die Story: „Kann das Elektroauto die Umwelt retten?", 21.01.2020. https://www.youtube.com/watch?v=VQyNFJROcQw

bank haben ihren Sitz in Frankfurt. Auch die angeschlossen Fondsgesellschaften, Vermögensverwalter und nicht zuletzt die entsprechenden Institute der Genossenschaftsbanken und Sparkassen sitzen zumeist ebenfalls dort.

Das bedeutet im Umkehrschluss, dass **jegliche gravierenden Änderungen am Regulierungsrahmen** für die Finanzwirtschaft auch und gerade **für Hessen große Bedeutung** haben. Wie beschrieben, drohen durch die **verschärfte Regulierung Mehraufwände im operativen Geschäft der Kreditinstitute**, aber auch **auf Seiten der Kreditnehmer**. Wie hoch diese sind, lässt sich heute noch nicht abschätzen, da sie von der konkreten Ausgestaltung abhängig sind, die erst im Laufe dieses Jahres veröffentlicht werden sollen.

Ein dritter Aspekt hat mittelbar ebenfalls mit Frankfurt zu tun, nämlich als Sitz der **Europäischen Zentralbank**. Unter Christine Lagarde hat die EZB – weit jenseits ihres Mandats – **Interesse bekundet, in „grüne Anleihen" zu investieren**, um einen **Beitrag zum Klimaschutz zu leisten**. Grüne Anleihen sind nichts Neues, aber bislang noch ein kleiner Teil des Gesamtvolumens. Das liegt unter anderem daran, dass die „grüne Anleihen" immer mit konkreten „grünen Investitionsobjekten" zusammenhängen müssen, also gerade nicht der allgemeinen Unternehmensfinanzierung dienen dürfen. Würden dank der Taxonomie entsprechend nachhaltige Unternehmen in Gänze „begrünt", so **vervielfachte sich das adressierbare Anleihevolumen**. Das ist der Mechanismus, um die Fremdkapitalversorgung großer Unternehmen und Aktiengesellschaften mit eigenen Anleiheemissionen den gleichen Anreizen zu unterwerfen, wie Mittelständler, die auf Bankkredite angewiesen sind.

5 Fazit

„**Great Reset**" und **EU-Taxonomie** sind **zwei Seiten einer Medaille**. Während der „**Great Reset**" – von deutschen Medien weitgehend unbeachtet oder besser **„unberichtet" bleibt** – mächtige Fürsprecher wie Ursula von der Leyen, Joe Biden, Justin Trudeau, Prinz Charles und viele weitere hat, ist die **EU-Taxonomie** ein **wichtiges Instrument der Umsetzung**.

Die EU kann man in vielerlei Hinsicht als ein **Testlabor für die „One-World"-Ideologie** betrachten, denn nirgends auf der Welt haben so viele Nationalstaaten einen so **großen Souveränitätstransfer vollzogen**, die **Gewaltenteilung dermaßen ausgehöhlt** und die **Stimmen ihrer Bürger**, also des Souveräns, derart **entwertet**. Sollte die EU lange genug existieren, um die EU-Taxonomie umfänglich wirksam werden zu lassen, ist dies die **Blaupause für weitere Wirtschafts(t)räume**.

Die herbeigeredete „Klimakrise" war offensichtlich noch nicht krisenhaft genug, um den „**Great Reset**" herbeizuführen, der versucht, die derzeitig auf **Freiheit basierende Grund- und Rechtsordnung unter Zuhilfenahme der Formel der Alternativlosigkeit aufzulösen**. Es geht darum, die Rechte der Bürger einzuschränken und um nicht weniger als die Installation einer globalen Oligarchie, die der Rechenschaftspflicht bürgernaher Parlamente entzogen ist.

Um das zu erreichen, braucht es ein weniger abstraktes Angstszenario. Ein Szenario, das nicht nur Sorge um die eigene Gesundheit und die von Familienangehörigen und Freunden umfasst, sondern ein Szenario, das gleichzeitig die **wirtschaftliche Existenz von Millionen Bürgern existentiell gefährdet**. Aus Sicht der Bürger ist es nicht die Zeit für ordnungspolitische Grundsatzdiskussionen. Sie handeln rational, wenn sie sich primär um ihr kurzfristiges Wohlergehen sorgen und die aufkommenden Fragen beiseiteschieben, beispielsweise wer die langfristige Schuldentilgung leisten soll.

Unterstützung finden die „großen Transformatoren" in den Medien. Diese konditionieren die Bürger täglich mit Horrormeldungen und **schaffen ein Klima der Angst**. Eine Angst, die die **Menschen überfordert** und sogar die **Akzeptanz von Grundrechtseinschränkungen befördert**. Die **Medien** schwelgen wie so oft in den schönen Worten der Befürworter des „Great Reset" und **hinterfragen weder Hintergründe** noch den tatsächlichen und objektiven Erfolg der bereits bekannten Maßnahmen zur „**grünen Weltverbesserung**".

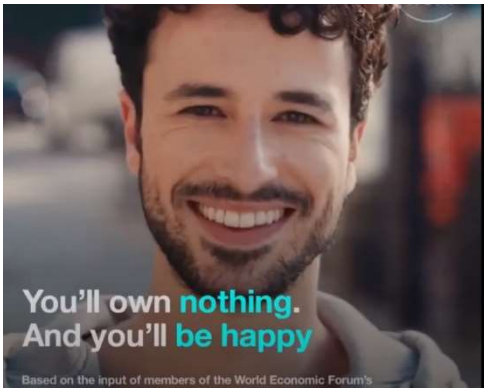
Die Taxonomie liefert spätestens im Endstadium ein Instrumentarium, das ohne Übertreibung als staatliche Wirtschaftslenkung bezeichnet werden kann und somit **eine de facto Planwirtschaft darstellt**, die vermeintlich das Ökologische und Soziale vereinen soll. Doch genauso wenig wie der Sozialismus sozial war, wird im Ergebnis dieser „Öko-Sozialismus" weder sozial noch ökologisch sein. Ob und wie lange „Öko" in dieser Planwirtschaft eine Rolle spielt, ist reine Spekulation, denn genauso wenig wie heute authentische Ökologie maßgeblich ist, wird sie es in Zukunft unter

ungleich schlechteren wirtschaftlichen Bedingungen sein. In Anbetracht der real existierenden Erfahrungen mit Pseudo-Ökologie á la Grüne muss man vielmehr davon ausgehen, dass Ökologie ein Trojanisches Pferd ist, um alten links-ideologischen Wein in neuen grünen Schläuchen zu vermarkten.

Doch **nicht eine Transformation hin zu einer globalen Planwirtschaft wird das Leben der Menschen verbessern**. Alle **Versuche sozialistische Gesellschaften zu etablieren, endeten in Chaos und Blutvergießen** – meist das Blut Unschuldiger. Der Grund für dieses Scheitern ist einfach: **Jeder Mensch benötigt Identifikation und Tradition**, denn dann – und nur dann – ist er bereit, wirkliche Solidarität und Barmherzigkeit zu zeigen. Und das war und ist der Kitt jeder Gemeinschaft, die mehr als Gesellschaft sein will.

Zudem lassen sich **globale Probleme leichter** durch **souveräne Einzelstaaten als durch eine „Weltregierung" lösen**. **Subsidiarität** war zurecht **ein wichtiger Pfeiler der früheren Erfolge der europäischen Integration**. In jüngeren Dokumenten kommt das Wort kaum noch vor. Das zeigt sich im Kleinen am Beispiel der Bereitstellung von Impfdosen gegen das Corona-Virus. Anders als das Bürokratiemonster EU konnten die USA, Großbritannien und Israel, ausreichend Impfdosen für ihre Völker bestellen.

Gerade die **wirtschaftliche Freiheit ermöglicht erst Selbstbestimmung**, **fördert Kreativität** und **Produktivität**, die **Entwicklung eines aufgeklärten** und politisch **mündigen Mittelstandes** sowie eines **selbstbewussten Bürgertums**. Es war nämlich die freie Marktwirtschaft, die Milliarden Menschen auf unserer Welt aus Armut und politischer Knechtschaft befreit hat. Gleichmacherischer Sozialismus führte jedoch stets in Verelendung und Armut.



Besitz und Bildung waren stets die Merkmale des freien Bürgertums. Der Schlachtruf des „Great Reset" lautet hingegen:

„Du wirst nichts besitzen und glücklich sein!"[26]

Wir alle treten in eine Phase wichtiger Entscheidungen und fundamentaler Weichenstellungen ein. Wir haben Vertrauen in die Urteilskraft der Bürger unseres Landes und Kontinents, aber sie müssen die Fakten, Chancen und Risiken kennen. Dazu will dieses Papier einen Beitrag leisten.

Es gibt immer eine Alternative!

[26] https://youtu.be/4zUjsEaKbkM